

Kritik am «Durchschmuggeln»

Migration Im Kampf um die Masseneinwanderungsinitiative macht der Bundesrat eine Kehrtwende: Plötzlich will er keinen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative mehr. SP-Ständerat Hans Stöckli ist entsetzt: «Das ist ein Steilpass für die SVP.»

Hans Stöckli, der Bundesrat verzichtet auf den angekündigten Gegenvorschlag. Ihr Kommentar?

Hans Stöckli: Ich bin enttäuscht. Der Entscheid des Bundesrats ist inkonsequent. In den letzten Jahren hat er mehrmals die Unvereinbarkeit der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) mit den bilateralen Verträgen betont. Auch in den letzten Monaten hat er die Notwendigkeit eines Gegenvorschlags bejaht. Dieser sei nötig, um den Konflikt zwischen Verfassung und Gesetz aufzulösen. Es schleckt keine Geiss weg, dass das Parlament die MEI mit dem Arbeitslosenvoranschlag nur ansatzweise umgesetzt hat. Wir haben immer gesagt, dass dies nur zulässig ist, wenn wir danach den Verfassungsauftrag anpassen und das Volk darüber abstimmen lassen. Auch der Bundesrat hat so argumentiert. Doch jetzt tut er plötzlich so, als sei das alles gar kein Problem. Das ist unredlich. Auch der Opportunismus und das Durchmogeln haben Grenzen.

Der Bundesrat argumentiert mit den negativen Rückmeldungen in der Vernehmlassung. Für mich klingt das nach einer Ausrede. Viele Parteien zeigten sich offen für einen Gegenvorschlag, umstritten war nur der Inhalt. Der Bundesrat hätte einen Vorschlag machen müssen, der dann im Parlament weiter diskutiert und allenfalls angepasst worden wäre. Mit seinem Rückzieher nimmt der Bundesrat seine Führungsverantwortung in der Europafrage nicht wahr.

Wie geht es nun weiter?

Ich gehe davon aus, dass die Rasa-Initiative, die ich ablehne, nicht zurückgezogen wird. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir im Ständerat und dann auch im Nationalrat einen Gegenvorschlag beschliessen. Für mich steht aus heutiger Sicht eine Variante im Vordergrund, mit der wir grundsätzlich an der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung festhalten, die Personenfreizügigkeit mit der EU aber davon ausnehmen. Das wäre eine einfache, ehrliche Lösung.

Denken Sie, dass Sie damit Chancen haben im Parlament? (überlegt) Sagen wir es so: Wenn alle konsequent zu ihren Ankündigungen stünden, müsste ein Gegenvorschlag eine Mehrheit finden. Aber ich spüre, dass die



Simonetta Sommaruga erklärt den bundesrätlichen Rückzieher. Keystone



Hans Stöckli: «Das ist ein Spiel mit dem Feuer.» Urs Baumann

Wie weiter?

Der Bundesrat reicht die Rasa-Initiative nun doch ohne Gegenvorschlag ans Parlament weiter. Dieses könnte zwar theoretisch auch selber einen Vorschlag ausarbeiten, um dem Stimmvolk die Gelegenheit zu geben, im Konflikt zwischen Masseneinwanderungsinitiative und Personenfreizügigkeit einen Grundsatzentscheid zu fällen. Doch es sieht nicht danach aus. Die SVP will ohnehin keinen Gegenentwurf. Und auch bei SP und FDP, die letztes Jahr stets einen Gegenvorschlag in Aussicht gestellt haben, lässt die Lust merklich nach. **Klar für einen Gegenvorschlag sprechen sich nur noch die Grünen und die GLP aus.**

Allerdings gibt es auch in der SVP und der FDP noch vereinzelte Stimmen für einen Gegenvorschlag. Dazu gehört neben SP-Ständerat Hans Stöckli (siehe Interview links) auch dessen Ratskollege Andrea Caroni (FDP). Dieser bringt auf Nachfrage nun aber ebenfalls einen Vorbehalt an. Prinzipiell findet Caroni zwar immer noch, das Parlament müsse den Grundsatzkonflikt mit einem Gegenvorschlag lösen.

Wenn nun aber die SVP wie angekündigt demnächst eine Volksinitiative vorlegt, die unmissverständlich die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangt, dann kann das Parlament aus Caronis Sicht auf einen Gegenvorschlag verzichten. **«Wenn die SVP dieses Mal den Mut hat, eine klare Frage zu stellen – Freizügigkeit Ja oder Nein –, können wir die Grundsatfrage auch auf diesem Weg klären», sagt Caroni.**

Somit hängt nun viel von der SVP ab. Ihre wichtigste Verbündete, **die Auns, will am 6. Mai eine Volksinitiative lancieren, welche die Personenfreizügigkeit grundsätzlich verbieten soll.** Die SVP-Delegierten nehmen dazu Ende Juni Stellung.

Je nachdem wie die Initiative ausfällt, will FDP-Ständerat Caroni im Parlament trotzdem einen Gegenvorschlag einbringen. Insbesondere würde er in der Verfassung die Ergänzung einfügen, dass die Schweiz bei der Steuerung der Zuwanderung ihre «völkerrechtlichen Pflichten» einhält. Somit hätte die Personenfreizügigkeit faktisch Vorrang. *fab*

Lust abgenommen hat. Mehr und mehr Kollegen glauben – wie nun auch der Bundesrat –, wir könnten uns einfach irgendwie durchschmuggeln. Dabei ist das das Dummste, was wir tun können.

Warum?

Weil wir das Heft aus der Hand geben. Wenn wir auf den Gegenvorschlag verzichten, überlassen wir das Spielfeld der SVP. Wir geben ihr sogar einen perfekten Steilpass für ihre nächsten Volksinitiativen im Kampf gegen die Personenfreizügigkeit. Wenn sie nun tatsächlich deren Kündigung verlangt, müssen wir wieder aus der Defensive kämpfen. Wie schwierig das ist, wissen wir inzwischen gut. Es wäre klüger, wenn Bundesrat und Parlament der Bevölkerung von sich aus einen Vorschlag machten, wie wir das Verhältnis zu Europa und die Zuwanderung regeln wollen. Ich bin sicher, eine solche Grundsatzabstimmung ist leichter zu gewinnen, wenn wir die Spielregeln definieren und sie uns nicht von der SVP diktieren lassen. *Interview: Fabian Schäfer*

«Wenn wir auf den Gegenvorschlag verzichten, überlassen wir das Spielfeld der SVP.»

Hans Stöckli

Gewerbe tritt gegen Reform an

Vorsorge Vor der Volksabstimmung über die Rentenreform klären sich die Fronten. Der Gewerbeverband wird die Vorlage bekämpfen. Daran konnte auch Bundesrat Alain Berset nichts mehr ändern.

Am 24. September werden Volk und Stände über die Rentenreform abstimmen, die das Parlament im März beschlossen hat. Es zeichnet sich ein heftiger Abstimmungskampf ab. Eine wichtige Rolle wird der Gewerbeverband spielen, der auf der Seite der Gegner am ehesten in der Lage ist, eine glaubwürdige und schlagkräftige Kampagne zu führen. Doch bis gestern war noch nicht einmal restlos klar, ob der Verband die Reform wirklich bekämpft. Der Entscheid oblag der Gewerkekammer, dem knapp 100-köpfigen «Parlament» des Verbands. Sozialminister Alain Berset (SP) hielt zwar eigens eine Ansprache vor der Kammer, vermochte sie jedoch nicht zu überzeugen. Die Mehrheit sprach sich gegen die Reform aus. Es handle sich dabei um eine «teure und ungerechte Scheinreform» auf Kosten der heutigen Rentner, der KMU und der Jungen. Auf Kritik stösst vor allem die Erhöhung der AHV.

Ein Drittel für die Reform

Laut Verbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler stimmten rund zwei Drittel der Anwesenden gegen die Reform. Dass ein Drittel der Gewerkekammer die Vorlage unterstützt, erstaunt jedoch in Anbetracht des vehementen Widerstands, den die Verbandsspitze im Bundeshaus gegen die Reform geleistet hatte. Doch Bigler winkt ab: Der Verband sei so heterogen, dass er das Ergebnis sogar als eher deutlich einstuft. Die Frage, welche Branchen oder Regionen sich für die Reform aussprechen, lässt Bigler offen. Bekannt ist, dass Gewerbevereinigungen aus der Romandie sowie Spitzenvertreter der Gastrobranche die Vorlage unterstützen. Kommt hinzu, dass der Gewerbeverband etliche Vertreter der CVP angehört, welche die Reform nicht nur unterstützt, sondern mit der SP geprägt hat.

So oder so lässt sich der Gewerbeverband wegen des internen Widerstands nicht davon abhalten, aktiv gegen die Rentenreform anzukämpfen. «Natürlich machen wir eine grosse Kampagne, sonst lohnt sich ja der Aufwand nicht», sagt Bigler. *fab*

Medienpreis dank Parmelins Bauland-Affäre

Swiss-Press-Award Die Baulandaffäre um Bundesrat Guy Parmelin bringt zwei «Blick»-Journalisten den Swiss Press Award ein.

Gestern sind in Bern die Swiss Press Awards der Fondation Reinhardt von Graffenried verliehen worden. Sie sind pro Kategorie mit 20 000 Franken dotiert. In der Kategorie Presse haben Christoph Lenz und Joël Widmer für ihre «Blick»-Recherche zur Baulandaffäre von Bundesrat Guy Parmelin gewonnen. Lenz arbeitet inzwischen für den «Tages-Anzeiger». Das Duo deckte auf, dass sich Parmelin im Bundesrat dafür einsetzte, dass Bauern auf Gewinn aus dem Baulandverkauf keine Bundessteuer zahlen müssen. Bis kurz vorher war er selber Eigentümer einer

solchen Parzelle, die er rückwirkend dem Bruder übertrug.

In den anderen Kategorien waren durchs Band Journalistinnen und Journalisten aus der Westschweiz erfolgreich. Im Bereich Online setzte sich Sylvain Besson durch. Auf dem Portal von «Le Temps» zeigte er das Geschäft mit dem Schweröl auf, dem «dreckigen Blut der Globalisierung».

Bei den Radiobeiträgen kam «Leben um jeden Preis» von Pauline Vrolixs bei der Jury am besten an. Für das Radio RTS hat sie ein konservatives katholisches Paar mit sechs Kindern porträtiert, das Abtreibungen kategorisch ablehnt – und im Lauf der Gespräche mit der Journalistin zugibt, dass Ideologie und Realität im Alltag nicht übereinstimmen. Alain Rebetez heisst der Sieger im Bereich Video. Für



Präventivhaft für Flamingos: Mit diesem Bild gewann Anthony Anex einen Foto-Award. Anthony Anex/Keystone

Fernsehen RTS warf er einen ungewohnten Blick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs.

Den Titel als «Fotograf des Jahres» trägt neu Zalmai Ahad. Für das mittlerweile eingestellte Westschweizer Magazin «L'Hebdo» fotografierte er im Flüchtlingsdschungel im französischen Calais. Ahad wurde in Kabul geboren und flüchtete im Jahr 1980. Er lebt in Lausanne und ist Schweizer. Seine Fotografien sind in unter anderem im «New York Times Magazine» und in «La Repubblica» erschienen. Gestern wurden auch die Swiss-Press-Photo-Preise vergeben. In der Kategorie Aktualität gewann Anthony Anex mit einem Bild von Flamingos, die letzten November wegen der Vogelgrippe im Tierpark Dählhölzli in Bern eingesperrt werden mussten. *sda*